

DIE BESTE KRAFTWERKS- STRATEGIE: KEINE STAATLICH FINANZIERTEN KRAFTWERKE

**Der Markt schafft Kapazitäten –
wenn man ihn lässt**

Impressum | Kontakt

Ein Strategiepapier von

DIE FAMILIENUNTERNEHMER e.V.
Charlottenstraße 24 | 10117 Berlin
Tel. 030 300 65-0 | Fax 030 300 65-390
kontakt@familienunternehmer.eu
www.familienunternehmer.eu

Ansprechpartner

Henry Borrmann | Leiter Energie- und Bildungspolitik
Tel. 030 300 65-481 | borrmann@familienunternehmer.eu

Berlin, März 2024

Inhaltsverzeichnis

1. Ausgangslage	4
2. Konkret: Was spricht gegen subventionierte Kraftwerke und Kapazitätsmärkte	9
3. Handlungsempfehlungen	12
4. Fazit	14

1. Ausgangslage

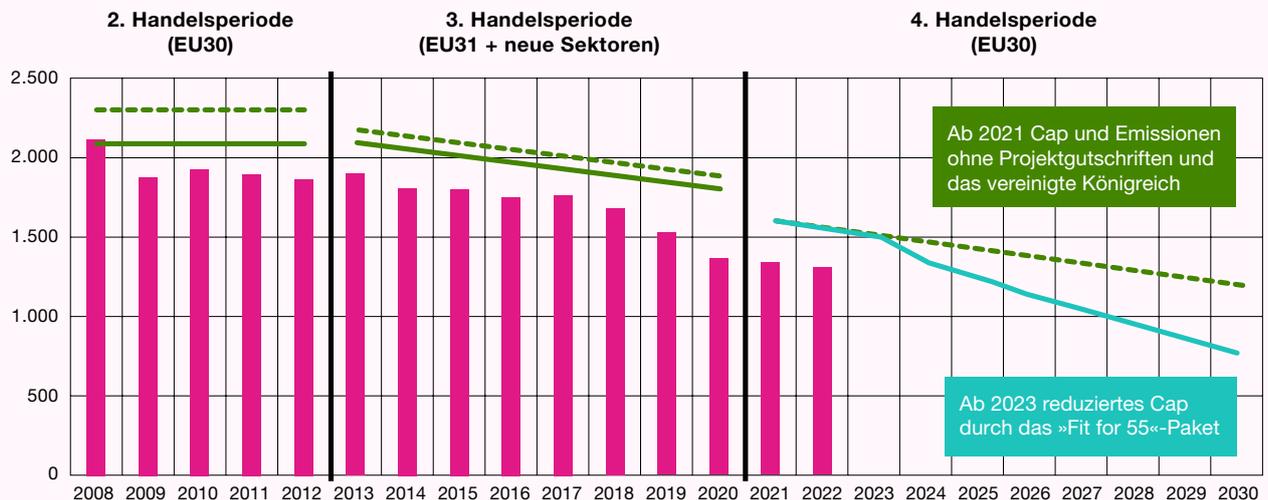
Die sogenannte Kraftwerksstrategie hat nach einer langen Vorlaufzeit zumindest in groben Zügen das Licht der Welt erblickt. Sie besteht aus zwei Bestandteilen: Auf der einen Seite die Habecksche Idee, Investitionskosten und Betriebskosten der Kraftwerke staatlich massiv zu subventionieren. Auf der anderen Seite die vage ausformulierte Idee einer Förderung über Kapazitätsmärkte.

Zeit für eine Einordnung! Es stellt sich NICHT in erster Linie die Frage, WIE diese Kraftwerksstrategie aussehen soll, sondern OB es eine solche überhaupt braucht. Dazu muss diese Kraftwerksstrategie zwingend im Gesamtkontext betrachtet werden.

Zum Kern des Gesamtkontextes gehört vor allem die Erreichung der Klimaschutzziele. Da der Energiesektor bereits seit fast zwei Jahrzehnten dem europäischen Emissionshandel unterworfen ist, ist das Klimaziel der CO₂-Neutralität in diesem Sektor garantiert gesichert. Die Daten zeigen deutlich, dass dieses Instrument hervorragend funktioniert. Somit kann eine klimapolitische Begründung also keinesfalls für diese immens teure Kraftwerksstrategie herhalten.

GESAMT-CAP UND EMISSIONEN IM EUROPÄISCHEN EMISSIONSHANDEL

■ Emissionen — Cap - - - Cap inkl. durchschnittlich pro Jahr genutzte Projektgutschriften — Cap 4 HP Neu
Angaben in Millionen t CO₂-Äquivalente



Quelle: Umweltbundesamt 2023 | Deutsche Emissionshandelsstelle, eigene Berechnungen auf Basis von Daten der Europäischen Umweltagentur und der Europäischen Kommission (2013/448/EU); Stand 05/2023

Abbildung 1

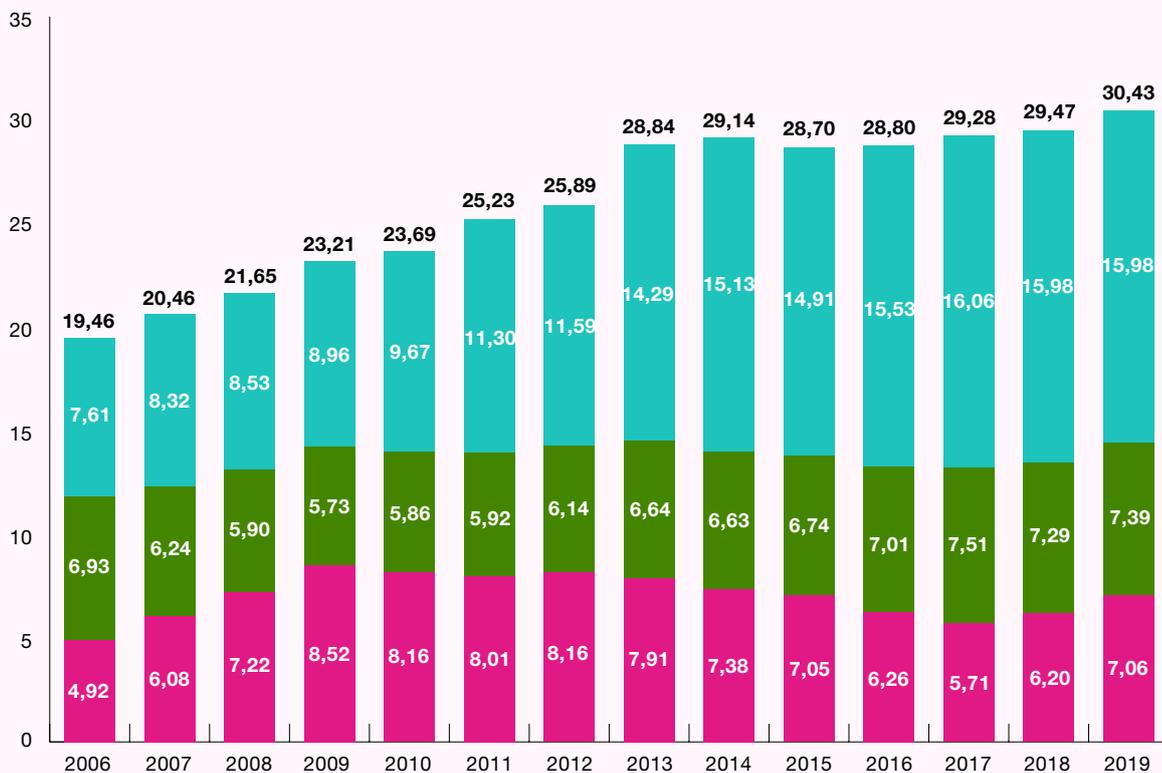
Die Daten des Umweltbundesamtes zeigen sehr deutlich, dass der Emissionshandel extrem erfolgreich ist und die tatsächlich ausgestoßene Menge CO₂ immer weit unter dem »Cap«, also der erlaubten Menge an CO₂-Zertifikaten lag.

Damit bleibt allein die Frage nach der Versorgungssicherheit, also eine energiepolitische Diskussion, die geführt werden muss und die im Folgenden aus Sicht von DIE FAMILIENUNTERNEHMER geführt wird.

Historisch betrachtet, war die Einführung des Energy-only-Marktes (EOM) – also eines Marktes, der nur tatsächlich erzeugte Energie vergütet – sowie die Liberalisierung der Energiemärkte ein Erfolg. Das betrifft die Preise, wie sich an den Daten ablesen lässt. Auch die Versorgungssicherheit war und ist kein Problem.¹ Der EOM bewältigte also die Bereitstellung von Kapazitäten ohne Probleme und schaffte rein marktwirtschaftlich Anreize für Investitionen in Grundlast-Kraftwerke und das zu angemessenen Strompreisen. Preistreiber für die Verbraucher war der Staat – der Markt hat hingegen nahezu stabile Preise hervorgebracht.

DURCHSCHNITTLICHER STROMPREIS FÜR EINEN HAUSHALT IN CENT/KWH (JAHRESVERBRAUCH: 3.500 KWH)

■ Beschaffung, Vertrieb ■ Netzentgelt inkl. Messung, Messstellenbetrieb, (Abrechnung*)
■ Steuern, Abgaben und Umlagen



Quelle: BMWi; Datenbasis: BDEW Strompreisanalyse, Juli 2019
*ab 2017 Abrechnung im Netzentgelt enthalten

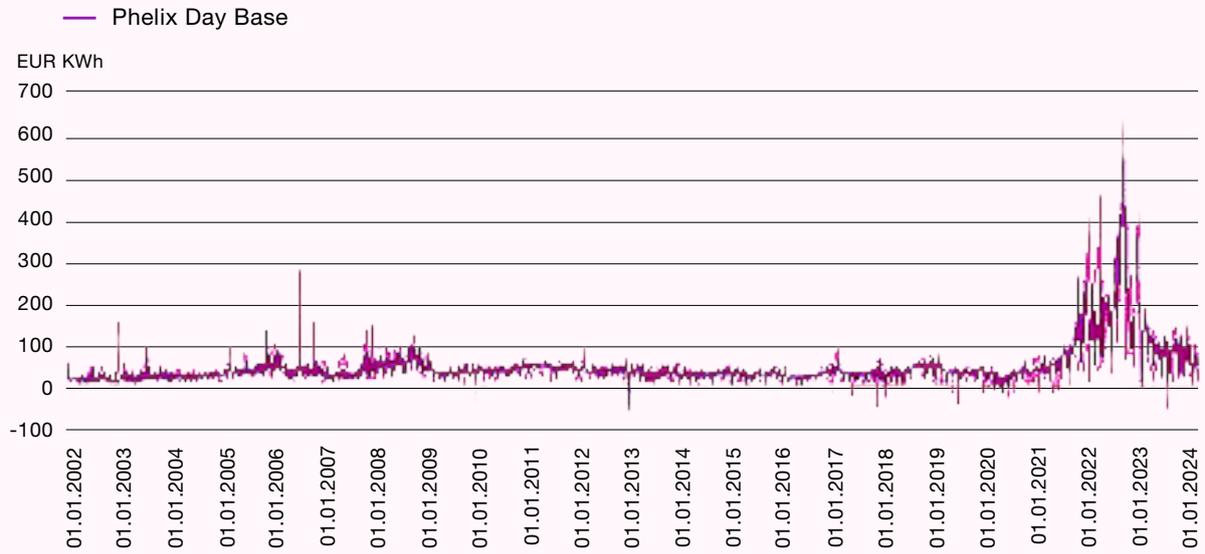
Abbildung 2 und Abbildung 3 (siehe Seite 6)

Die Daten zeigen deutlich, dass sich der Marktpreis über die Jahre sehr stabil gehalten hat, während die staatlichen Preisbestandteile die Verbraucherpreise immer weiter in die Höhe trieben.

¹ Ausnahmen muss man die Schwankungen im Netz, die sich durch den massiven Ausbau der Erneuerbaren in einigen Regionen zeigten und bei verbrauchenden Unternehmen teils zu gewaltigen Schwierigkeiten führten.

STROMPREISENTWICKLUNG IN DER DAY-AHEAD AUKTION 2002–2024

2002–2008 EEX Power Spot, seit 2009 EPEX SPOT, bis 30. September 2018 DE-AT-LUX | seit 1. Oktober 2018 DE-LUX (Stand: 24. Februar 2024)



Quelle: EEX, EPEX-SPOT

Berichtsjahr	Gesamt SAIDI EnWG- Gesamt (Minuten)
2022	12,2
2021	12,7
2020	10,73
2019	12,20
2018	13,91
2017	15,14
2016	12,80
2015	12,70
2014	12,28
2013	15,32
2012	15,91
2011	15,31
2010	14,90
2009	14,63
2008	16,89
2007	19,25
2006	21,53

Tabelle 1

Die Werte des SAIDI-Index, also jenes Index, der die Versorgungssicherheit beschreibt, zeigen, dass die Versorgungssicherheit im deutschen System in einem EOM hervorragend ist und im Vergleich sogar eher besser geworden ist.

Quelle: Bundesnetzagentur

Die Diskussion um die Kraftwerksstrategie basiert also nicht auf einem nicht disfunktionalen Energiemarkt, sondern auf den seit Jahren ausufernden staatlichen Eingriffen. So trieben alle Regierungen der letzten zwei Jahrzehnte fast ausnahmslos die alleinige Fokussierung auf Erneuerbare Energien voran – was eben nicht gleichbedeutend ist mit Klimaschutz (siehe oben zur Garantie des Emissions Trading System (ETS)). Während der politisch wirkmächtigen Gruppe der Erneuerbaren Energieerzeuger durch die Gesetzgeber insbesondere durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) der goldene Teppich – im wahrsten Sinne des Wortes – ausgerollt wurde, wurden andere Energieträger systematisch diskriminiert und von einigen Parteien, Politikern aber auch diversen NGOs in ein schlechtes Licht gerückt. Das hat bei potentiellen Investoren und Unternehmen die Einschätzung hervorgerufen, dass diese Geschäftsmodelle nicht gewollt sind und somit auch keine positive Prognose besitzen. Das wurde durch politisch erzwungene Ausstiege aus entsprechenden Erzeugertechnologien (Stein- und Braunkohle sowie Kernkraft) und den Ankündigungen für weitere Ausstiege (Gas und selbst teilweise Biomasse) ja deutlich politisch untermauert. Hinzu kam die Ablehnung von Kohlenstoffspeicherung (CCS) und -nutzung (CCU), um auch die letzten Optionen zu verbauen – selbst wenn diese klimaneutral sein sollten. Immerhin das scheint sich aktuell zu ändern – wenn auch sehr spät.

So wurde die deutsche Energiewende unter Klimaschutzgesichtspunkten zur international mit schlechtesten Energiewende, aber global zur ökonomisch teuersten!

Eine Politik, die nationale Eingriffe gegenüber bestehenden europäischen Regeln bevorzugt, die technologiespezifische statt technologieoffene Regelungen vorgibt und ideologiegetriebene Politik mit überzogenen Reduktionszielen und unrealistischen Zeithorizonten vorgibt, statt auf die günstigsten Kosten je vermiedener Tonne CO₂ blickt, hat die Marktteilnehmer verunsichert und abgeschreckt.

Allen Erzeugern, die Energie nicht mit Wind und Sonne produzieren, wurde deutlich vermittelt, dass diese in Deutschland keine Zukunft haben werden und nicht willkommen sind. Das betrifft auch die Nutzer von Biomasse zur Energieerzeugung durch Verbrennung oder Vergasung. Wer investiert in diesem Umfeld, wenn die Investition über mehrere Jahrzehnte kalkuliert werden müssen?

Gerade Bündnis 90/Die Grünen, die heute mit dem Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck an vorderster Front für die Kraftwerksstrategie kämpfen, waren diejenigen, die am vehementesten den Abbau von allen steuerbaren Kapazitäten forderten, die mit fossilen Brennstoffen betrieben werden. Mit dem Gesetz zum Kohleausstieg haben sie das sowohl Mithilfe von SPD als auch der CDU/CSU durchgesetzt. Und jetzt wollen die selben »Grünen« mit horrenden Subventionen – also dem Geld von Steuerzahlern und Verbrauchern – neue fossile Kapazitäten planwirtschaftlich errichten. Und das, ohne klimapolitisch auch nur eine Tonne CO₂ mehr einzusparen als über den ETS.

Zusätzlich setzt insbesondere das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) auf den Energieträger Wasserstoff, obwohl noch nicht wirklich klar ist, wann, wie viel und zu welchen Preisen dieser verfügbar ist bzw. welche Verbraucher und Industriezweige welche Mengen aufkaufen werden. Stand jetzt, wird Wasserstoff absehbar knapp und somit teuer werden. Das bedeutet, dass auf Wasserstoff umgerüstete Gaskraftwerke für viele Jahre extrem teuren Strom erzeugen werden, der von den Verbrauchern mangels grundlastfähiger Alternativen teuer bezahlt werden muss.

Die Wirkung: WOHLSTANDSVERNICHTUNG! Denn es bedeutet Mehrkosten für die Bürger und weiteren Verlust an Wettbewerbsfähigkeit für die Unternehmen.

Die Diskussion, ob der Staat Stromerzeugungskapazitäten beschaffen muss, wird besonders befeuert durch das EEG und die privilegierte Stellung der Erneuerbaren. Das EEG belohnt die Erneuerbaren auch weiterhin für eine fatale produce-and-forget-Mentalität. Denn dieses Förderregime verspricht den Erneuerbaren jederzeit sichere Gewinne, ohne dass diese auch nur ein Minimum zur Versorgungssicherheit beitragen müssen. Deswegen werden systemdienliche Einspeisungen oder innovative Modelle, die zur Versorgungssicherheit beitragen – Erneuerbare in Kombination mit Eigenstrom, Lastabwurf, Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) o. Ä. – weiterhin kaum marktwirtschaftlich angereizt, teilweise sogar eher gehemmt.

Nun zum europäischen Binnenmarkt: Im Binnenmarkt ist ein nationaler Kapazitätsmarkt nicht nur noch weniger sinnvoll, vielmehr kann er auch über die deutschen Grenzen hinaus zu massiven Verzerrungen im Energiemarkt führen, da die staatlich induzierten (überschüssigen) Kapazitäten natürlich auch in angeschlossenen Strommärkten die Preis- und Marktsignale verzerren. Andersherum wird aber ein Schuh daraus. Der europäische BinnenMARKT sichert auch unsere Versorgungssicherheit. Das nationale Autarkie-Denken des BMWK ist mehr als befremdlich. Deutschland war und ist immer ein Energie-Import-Land. Sofern es sich um Importe von »europäischen Freunden« handelt, mit denen eine verlässliche Zusammenarbeit besteht, ist es ökonomisch wie ökologisch völlig unsinnig eine autarke Energieversorgung anzustreben. Viel wichtiger ist der Ausbau der grenzüberschreitenden Stromnetze und die Verständigung auf gleiche Spielregeln für den europäischen Markt, damit Strom noch besser gehandelt werden kann. Das stärkt dann auch die Versorgungssicherheit.

Ein weiterer Punkt, der eher gegen einen Kapazitätsmarkt spricht als dafür, ist der Netzausbau. Hier muss konstatiert werden, dass die amtierende Regierung viel auf den Weg gebracht hat, um die Prozesse zu beschleunigen. Auch wenn vorerst noch einiges schleppend läuft, der Netzausbau kommt voran. Wenn die Netze gut und intelligent ausgebaut sind, ist selbstverständlich auch die Laststeuerung und die Energieverteilung optimiert. D.h., sehr wahrscheinlich werden weniger Grundlastkraftwerke benötigt. Es besteht die gewaltige Gefahr einer Überdimensionierung, also der Überschätzung der Bedarfe.

Das BMWK selbst spricht davon, dass die Versorgungssicherheit gesichert ist und die Kraftwerksstrategie nur »on top« kommt. Die Überdimensionierung – mehr Kraftwerkskapazitäten als eigentlich nötig – ist also bereits angelegt und konstatiert. Das allerdings würde eher dafür sprechen, die jetzigen Kapazitäten – Kohle und eventuell Atom – länger im Markt zu belassen, statt diese politisch motiviert herauszudrängen – denn diese werden perspektivisch immer weniger laufen, weshalb die ausgestoßenen Mengen CO₂ marginal werden. Sie stehen in keinerlei plausiblen Verhältnis zu den hohen Kosten der Kraftwerksstrategie. Sollte allerdings ein anderes Szenario eintreten und die grundlastfähigen Kraftwerke müssen häufiger einspringen, weil die Erneuerbaren die Last nicht decken können, dann verdienen eben diese Kraftwerke ihr Geld am Markt und eine politisch subventionierte Kraftwerksstrategie ist ebenso unnötig. Beide Fälle (!) sprechen gegen eine Kraftwerksstrategie.

Aktuell steht in Deutschland noch ein grundlastfähiger Kraftwerkspark mit ca. 90 GW Leistung bei einer Spitzenlast von 85 GW zur Verfügung. Die wichtigste Behörde, die Bundesnetzagentur (BNetzA), sieht die Versorgungssicherheit auch mittelfristig als gewährleistet an.² Und die politischen Entscheider bekundeten bereits Anfang 2023, als die letzten drei großen Atomkraftwerke in Deutschland abgeschaltet wurden, dass die Versorgungssicherheit keinesfalls gefährdet sei.

Zukünftig werden im Zuge der angestrebten Elektrifizierung weitere Stromerzeugungskapazitäten notwendig. Es gibt verschiedene Abschätzungen der Mengen, die an Zubau nötig wären. Doch ist es weder nötig diese Zubaumengen politisch zu definieren, noch die Kapazitäten zu steuern, denn der Markt wird über den Mechanismus von Angebot und Nachfrage diese Mengen marktwirtschaftlich anreizen, wenn die politischen Eingriffe gestoppt werden.

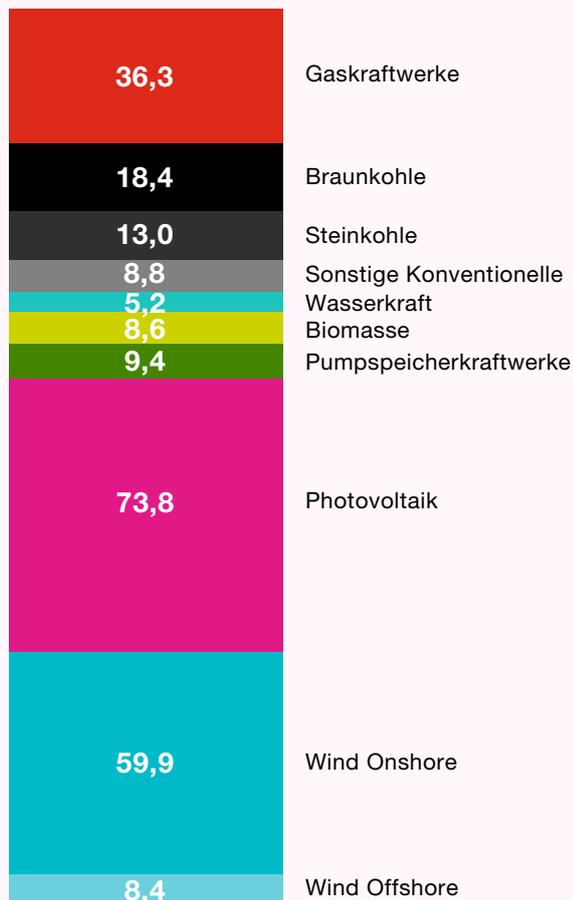
Alles das wirft die Frage auf: **Braucht es überhaupt eine politisch gesteuerte Kraftwerksstrategie bzw. wozu soll sie gut sein?**

² https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Publikationen/Energie/versorgungssicherheit-strom-bericht-2022.pdf?__blob=publicationFile&v=4

2. Konkret: Was spricht gegen subventionierte Kraftwerke und Kapazitätsmärkte

ÜBERWIEGEND VOLATILE STROM-ERZEUGUNG

Installierte Erzeugungsleistung in Deutschland in Gigawatt



HANDELSBLATT | Quelle: Smard; Stand: 18.01.2024
*Inklusive sonstige Erneuerbare: 0,41 GW

1. Der Energy-only-Markt schafft über den Marktmechanismus und insbesondere über Terminmarktgeschäfte eine Nachfrage nach gesicherter Leistung, die befriedigt und für die ein Preis gezahlt werden muss. Sofern diese marktwirtschaftlichen Anreize nicht politisch beschnitten werden, schaffen sie die entsprechenden Investitionsbedingungen ganz ohne staatlichen Anschlag.
2. Die Bundesnetzagentur hat im Zuge des Atomausstiegs 2023 konstatiert, die Versorgungssicherheit sei auf absehbare Zeit gesichert. Selbst aus Kreisen des BMWK wurde im Zuge der Vorstellung der Kraftwerksstrategie im Februar 2024 eindeutig darauf verwiesen, dass die Versorgungssicherheit nicht gefährdet ist. Eine Notwendigkeit für eine Kraftwerksstrategie sieht unter dem Gesichtspunkt der Versorgungssicherheit also nicht mal das Ministerium, dass diese vorantreibt. Und Klimaschutzgesichtspunkte dürften – wie oben dargestellt – keine Rolle spielen.
3. Deutschland hat mit ca. 90 Gigawatt grundlastfähiger Leistung mehr als die Spitzennachfrage. Die Notwendigkeit des Zubaus neuer Kapazitäten ist auch vor diesem Hintergrund nicht gegeben.

Abbildung 4

Die steuerbaren Kapazitäten in Deutschland sind immer noch groß und liegen mit ca. 90 Gigawatt über der Spitzennachfrage, die ca. 85 Gigawatt beträgt.

4. Die mangelnde Investitionsbereitschaft von Stromerzeugern in grundlastfähige Kraftwerke ist vor allem anderen durch das Misstrauen gegenüber politischen Interventionen begründet. Noch mehr Staatseingriffe können nicht die Lösung sein. Diese wären aber durch einen Kapazitätsmarkt genauso gegeben, wie durch die Subventionierungspläne des BMWK. Kapazitätsmärkte in anderen Ländern – zum Beispiel in einigen Bundesstaaten der USA – zeigen, dass früher oder später in Kapazitätsmärkten weitere massive staatliche Interventionen und Regulierungen notwendig sind, um Missbrauch und Marktmacht der großen Energieerzeuger einzuhegen.
5. Die Zerstörung des Strom-MARKTES schreitet mit einem Kapazitätsmarkt weiter voran. Es würde dann letztlich ein planwirtschaftliches und subventioniertes Segment geben, das zwar Erneuerbare abbildet aber nicht zur Versorgungssicherheit beiträgt. Daneben entstünde ein zweites mehr oder weniger planwirtschaftliches und politisch gesteuertes – ebenfalls subventioniertes Segment, das Versorgungssicherheit gewährleisten muss. Mit Marktwirtschaft hat das nicht mehr viel zu tun.
6. In diversen Studien wird befürchtet, dass ein Kapazitätsmarkt eine enorme Komplexität mit sich bringt. Das beginnt mit der Festlegung der Parameter, der notwendigen Kapazität, Wechselwirkungen mit dem Energy-Only-Markt (EOM) oder auch der Regulierung der Anbieter. Politischen Eingriffen ist also Tür und Tor geöffnet. Die Befürworter von Kapazitätsmärkten argumentieren häufig mit Planungssicherheit, diese wäre aber genau dadurch nicht gegeben, da der Kapazitätsmarkt ständigen politischen Änderungen unterworfen wäre. Das ist das Gegenteil von Planungssicherheit.
7. Einem Kapazitätsmarkt – und auch der sog. Kraftwerksstrategie – droht eine erhebliche Marktkonzentration, da normalerweise eher kapitalstarke und große Unternehmen in der Lage sind, die Kraftwerke zu errichten und eben nicht die vielen kleineren Anbieter, die in den letzten Jahren und Jahrzehnten auf den Markt gedrängt sind. Demzufolge dürfte es den eher großen Playern leichter fallen, den Kapazitätsmarkt für sich auszunutzen. Auch ausländische Wettbewerber dürften – zumindest derzeit – auf Grund der noch zu gering ausgebauten grenzüberschreitenden Netzkapazitäten nur bedingt auf den angestrebten deutschen Leistungsmarkt streben. Großen Kraftwerksportfolios, deren Einsatz sich zwischen den verschiedenen Erzeugungskapazitäten steuern und verschieben lässt, dürfte es leichter fallen, die verschiedenen Marktgegebenheiten und Phasen auszunutzen. Ein Teil der Kraftwerke mit grundlastfähiger Leistung kann theoretisch zur Absicherung genutzt werden, um den Kapazitätsmarkt auszunutzen. Der andere Teil kann wiederum genutzt werden, um die Renditen am Spotmarkt abzuschöpfen. Damit droht der Kapazitätsmarkt zu einem Oligopol mit erheblichen Wettbewerbsproblemen und einer nicht zu unterschätzenden Marktmacht zu verkommen. Das kann auch dazu führen, dass die wenigen verbliebenen Unternehmen in der Lage sind, überhöhte Preise problemlos durchzusetzen, da sie ihre großen Kapazitäten strategisch einsetzen können, um auf beiden Ebenen die höchsten Gewinne zu erzielen. Die Mitnahmeeffekte dürften erheblich sein.
8. Die letzten Jahre und Jahrzehnte waren geprägt von politisch verordneten aber – unter dem Emissionshandel – völlig unnötigen Abschaltungen von Kraftwerken. Nun mit Steuer- oder Verbrauchergeld neue Kraftwerke zu subventionieren offenbart eine fehlgeleitete Energiepolitik. Die Fehler der Vergangenheit müssen behoben, nicht neue Fehler gemacht werden.
9. Deutschland besitzt wesentliche Kapazitäten an Kohlekraftwerken. Mit dem massiven Ausbau an erneuerbaren Energien wird das Zuschalten von grundlastfähigen Kraftwerken immer seltener notwendig – und folglich stoßen auch Kohlekraftwerke nur noch sehr wenig CO₂ aus. Mit dem degressiven Emissionshandel sind die Klimaschutzziele gesichert. Es spricht also nichts dagegen, den politischen Kohleausstieg zu revidieren, statt neue Gaskraftwerke zu subventionieren, die ja genauso selten laufen wie die Kohlekraftwerke, und so Steuermittel oder das Geld der Verbraucher zu verschwenden. Andere Experten gehen auch in Zukunft von einer hohen Laufleistung steuerbarer Kapazitäten aus, was ebenfalls gegen einen Kapazitätsmarkt spricht, da die Kapazitäten ihr Geld am Markt verdienen können.

10. Kapazitätsmärkte und subventionierte Kraftwerke würden tendenziell das Auftreten von Preisspitzen senken. Gerade diese Preisspitzen machen jedoch auch andere Flexibilitätsoptionen, wie zum Beispiel Speicher oder Lastmanagement, attraktiver. Investitionen in derlei Flexibilitätsmaßnahmen und innovative Modelle würden somit reduziert.
11. Die Überlegenheit einer Kraftwerksstrategie oder eines Kapazitätsmarktes ist weder gegenüber einer strategischen Reserve/Kapazitätsreserve noch gegenüber einem Energy-only-Markt belegt. Mindestens diese grundsätzliche Überlegenheit müsste jedoch zwingend dargestellt werden, um die massiven Subventionen zu rechtfertigen.
12. Internationale Vergleiche zeigen – so Andreas Mundt, Chef des Bundeskartellamtes in einem Interview 2014 – wie oben aufgeführt große Schwächen eines Kapazitätsmarktes in Hinsicht auf die Marktkonzentration und die Ausschaltung von Wettbewerb, die immer weitere Regulierungen des Strommarktes erfordern. Das wäre nicht nur ein Problem der permanenten politischen Interventionen. Vielmehr würde damit die Liberalisierung der Strommärkte (weitgehend) rückabgewickelt. Das wäre das Ende der Marktwirtschaft im Strombereich.
13. Selbst aus den sogenannten »take-aways« aus den Sitzungen der Plattform klimaneutrales Stromsystem (PKNS) geht hervor, dass nur Zweifel bestehen, ob der EOM genügend Versorgungssicherheit generiert. Das würde aus Sicht von DIE FAMILIENUNTERNEHMER aber eher dafürsprechen, eine Sicherheitsreserve in kleinem Ausmaß zu schaffen, um diese Unsicherheit zu überbrücken, in keinem Fall aber das gesamte Back-Up-System aus dem EOM zu nehmen.

3. Handlungsempfehlungen

1. Der ETS ist die klimapolitische Garantie – Energiepolitik als Energiepolitik betrachten!

Zuvorderst muss die deutsche Politik endlich anerkennen, dass der europäische Emissionshandel das Klimaschutzziel sichert und somit energiepolitische Entscheidungen keinen Einfluss auf das Erreichen des Klimaziels haben, bzw. diese Entscheidungen unter dem Regime des Emissions Trading System (Emissions Trading System) von den Marktteilnehmern so getroffen werden, dass das Klimaschutzziel eingehalten wird.

2. Den Markt wieder zum Markt machen

Der Energiemarkt leidet an zu vielen politischen Eingriffen, Abschaltungen, Beschränkungen und Regularien, diese gilt es abzubauen, so dass so viel Marktwirtschaft wie möglich auf dem Markt herrscht und sich das verloren gegangene Vertrauen bei Erzeugern und Verbrauchern wieder einstellt.

3. Staatseingriffe vermeiden – langfristig Vertrauen schaffen

Das Vertrauen der Investoren muss zurückgewonnen werden. Dazu gilt es klar zu definieren, was die politischen Entscheider zukünftig NICHT festlegen – Preise, Mengen, gewünschte Technologien...! Gleichzeitig muss den Investoren klargemacht werden, dass Gewinne erwirtschaftet werden dürfen. Das heißt: Kein Kappen von Preisspitzen, kein Abschöpfen von »Übergewinnen« oder Ähnliches. Auch die Bundesnetzagentur hebt im Versorgungssicherheitsbereich hervor, dass u. A. Preisspitzen existenziell notwendig für das Schaffen neuer flexibler Kapazitäten sind.³ Dazu sollte am besten ein parteiübergreifender Konsens gefunden und artikuliert werden, damit sich die Investoren auch langfristig darauf verlassen können.

4. Den Marktteilnehmern vertrauen

Staatliche Eingriffe sind in Mode gekommen, bleiben aber trotzdem falsch. Der Staat weiß es eben nicht besser (Sonst würden wir diese Debatte gar nicht führen.) Die Politik muss den Marktteilnehmern und dem Markt endlich wieder zutrauen, dass diese die richtigen Entscheidungen treffen. Unter dem ETS in Kombination mit dem EOM, sowie der Regulierung der Bundesnetzagentur und den entsprechenden Gesetzen sind sowohl Klimaschutzziel als auch Versorgungssicherheit gesichert.

³ https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Publikationen/Energie/versorgungssicherheit-strom-bericht-2022.pdf?__blob=publicationFile&v=4

5. EEG abschaffen – EE müssen endlich zur Versorgungssicherheit beitragen

Das EEG muss endlich abgeschafft werden und die Erneuerbaren müssen sich im Markt behaupten. Betreiber von Erneuerbare-Energien-Anlagen werden dann umso erfolgreicher wirtschaften, umso systemdienlicher – also dann wenn der Strom knapp ist und nicht dann, wenn er im Überfluss vorhanden ist – die Anlagen produzieren. Das trägt zur Versorgungssicherheit bei, entlastet den Staatshaushalt und forciert über den Wettbewerb innovative und günstige Modelle, die klimaschonend und systemdienlich sind.

6. (Grenzübergreifender Netzausbau) für den Binnenmarkt

Um die am Markt gehandelten Mengen entsprechend physikalisch distribuieren zu können, ist der Netzausbau weiter massiv voranzutreiben. Das gilt auch und insbesondere für den grenzüberschreitenden Netzausbau. Autarkiedenken hat keine Zukunft, der Binnenmarkt hingegen kann – insbesondere in Süddeutschland – massiv zur Versorgungssicherheit beitragen. Die europäischen Kapazitäten gemeinsam zu nutzen dürfte in jedem Fall günstiger sein als die milliarden-schwere Subventionierung für den Bau heimischer Kraftwerke und deren Energieerzeugung. Entsprechend sollten die Netze für einen großen Anteil an importierter Energie ausgelegt werden, wobei auf die Prognosen der Marktteilnehmer – insbesondere der Netzbetreiber – zurückgegriffen werden sollte, um die Dimensionen abzuschätzen.

7. Bestehenden Kapitalstock nicht sinnlos vernichten

Sowohl die Abschaltung der AKWs, als auch der angestrebte vorgezogene Kohleausstieg sind letztlich Symbolpolitik. Ein ökologischer Gewinn wird nicht erzielt, ein ökonomischer Verlust allerdings in Kauf genommen. Es gilt, sowohl in Bereichen bestehender Infrastruktur als auch bei Kraftwerken, keine symbolpolitischen Abschaltungen oder politisch induzierte Rückbauten vorzunehmen, sondern diese Kapazitäten und Leitungen weiter zu nutzen. Letztlich sind dies wertvolle Werte für den Standort Deutschland – bis sich Alternativen durchsetzen.

4. Fazit

Der EOM hat historisch betrachtet sowohl beim Preisniveau als auch im Bereich der Versorgungssicherheit sehr gute Ergebnisse hervorgebracht. Daneben haben die Bundesnetzagentur und darauf aufbauend auch das BMWK festgestellt, dass die Versorgungssicherheit auch ohne weitere Maßnahmen gesichert ist. Sowohl die Subventionierung von Kraftwerken als auch ein Kapazitätsmarkt bergen erhebliche Risiken, wie die Ausnutzung von Marktmacht, die Einschränkung des Wettbewerbs, eine enorm komplexe Ausgestaltung, sowie immer stärkere politische Eingriffe – bis jegliches marktwirtschaftliches Prinzip eliminiert ist. Eine Prüfung, ob eine Kraftwerksstrategie/ein Kapazitätsmarkt dem EOM im Bereich der Versorgungssicherheit überlegen ist, ist nicht vorhanden. Klimapolitisch gibt es unter dem Regime des ETS absolut keine Begründung für eine Kraftwerksstrategie oder einen Kapazitätsmarkt.

Auf Grundlage der Fakten ist eine Kraftwerksstrategie oder ein Kapazitätsmarkt unnötig, sorgt nicht für mehr Klimaschutz, ebenso wenig für mehr Versorgungssicherheit. Aber: Die Kraftwerksstrategie kostet viel Geld – für Steuerzahler und Verbraucher. Die Bürger werden belastet, die Unternehmen verlieren Wettbewerbsfähigkeit.

Die Frage, die die Regierung beantworten muss, lautet: Wozu braucht es diese Kraftwerksstrategie?

DIE FAMILIENUNTERNEHMER e.V.

Charlottenstraße 24 | 10117 Berlin

Tel. 030 300 65-0 | Fax 030 300 65-390

kontakt@familienunternehmer.eu

www.familienunternehmer.eu

Titelfoto: iStock | GMVozd

